



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Sozialpolitik in der nächsten Zeit

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wahrte vielmehr die Autorität des Staats auch auf andern Gebieten, indem er die Anstalt Adelsfelden in Freiburg am 15. November 1867 kurzweg aufhob, als das erzbischöfliche Ordinariat sie aus einem geistlichen Internat zu einem Kloster machen wollte, und hielt nicht nur ein vom Oberschulrat im Sommer 1867 begünstigtes konfessionsloses Volksschulbuch gegen alle kirchlichen Anfeindungen ruhig aufrecht, sondern befahl später die allgemeine Einführung eines neuen, gleichfalls konfessionslosen Buchs.

Mehr als diese kirchlichen Streitigkeiten lag ihm persönlich die Fürsorge für das höhere Unterrichtswesen am Herzen. Er begann die Reform der verfallenen Mittelschulen, für die der herrschende Liberalismus wenig Verständnis zeigte, 1867 mit einer neuen Prüfungsordnung und einer Verbesserung der Lehrergehälter, sorgte für Berufung tüchtiger Männer namentlich aus Preußen, begründete 1868 das Realgymnasium (Realschule erster Ordnung) nach preussischem Muster und reformierte 1869 die humanistischen Gymnasien, indem er veraltete Unterrichtsgegenstände wie Philosophie und Rhetorik beseitigte und nach norddeutschem Vorbilde die alten Sprachen mit den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern in den Vordergrund stellte. Für die Universitäten sorgte er namentlich durch die Berufung hervorragender Lehrer; ihm vor allem verdankte Heidelberg unter andern nach Häußers Tode 1867 die Anstellung Treitschkes. Es entsprach seiner liberalen Richtung, wenn er dem liberalen, vielangefindeten Theologen Daniel Schenkel allen Anfeindungen zum Trotz die Stange hielt.

(Schluß folgt)



Die Sozialpolitik der nächsten Zeit



enn man die sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Zeit und die Aussichten für ihre Lösung betrachtet, so wird man die Lage nicht gerade als sehr erfreulich ansehen. Die von uns schon seit Jahren gehegte Befürchtung, daß die Einseitigkeiten und Übertreibungen der Sozialisten den Fortgang der Reformen weit mehr gefährden könnten, als der Widerstand der grundsätzlichen Gegner, hat sich leider als berechtigt erwiesen. Der Wagen scheint gründlich verfahren zu sein, und wo sind die, die die Sicherheit bieten, daß sie ihn wieder ins rechte Geleise bringen werden? Sind es die Parteien? Sind es die alten und die

neuen Männer vom Tische des Bundesrats oder die preussischen Minister? Oder werden wir auch hier unsre Hoffnung auf den Kaiser allein setzen müssen, wie man vor 1890 alles vom Kanzler erwartete? Und wie stehts dann mit den Ausichten der Sozialpolitik in der nächsten Zeit?

Gerade bei dieser Frage erscheinen die Sozialisten, selbst wenn man die Sozialdemokraten ganz außerm Spiel läßt, als arge Sünder. Sie haben alles gethan, alles zu verderben. Die Natur der sozialen Probleme und Ideale legte den verständigen Arbeiter- und Vaterlandsfreunden doch wahrhaftig die größte Zurückhaltung und Vorsicht bei der Formulirung sozialpolitischer Forderungen nahe, und vollends die Vertreter der Sozialwissenschaft hätten sich sagen müssen, daß die ihren Lehrsätzen eigentümliche Unbestimmtheit und Dehnbarkeit bei ihrer besondern agitatorischen Kraft in den ungebildeten Klassen Vorstellungen und Ansprüche wachrufen müßte, die in der Theorie arbeiterfreundlich und gemeinnützig scheinende Reformen praktisch als arbeiter- und gemeingefährlich erkennen lassen und es den verantwortlichen Leitern der Politik unmöglich machen, darauf einzugehen. Der Mangel an dieser Vorsicht und Zurückhaltung hat den Kathedersozialismus zum wirksamen Förderer der sozialdemokratischen Gesinnung unter unsern Industriearbeitern gemacht, und seinen Übertreibungen und Einseitigkeiten ist es zum guten Teile zuzuschreiben, daß der Kaiser und die verbündeten Regierungen seit 1890 trotz der Leistungen unsrer Arbeitergesetzgebung mit einer zunehmenden politischen und sozialen Entartung der Bevölkerung zu rechnen haben, statt verständigere, maßvollere und zufriednere Anschauungen zu finden. Nicht weniger nachteilig und dabei noch allgemeiner haben die sozialistischen Einseitigkeiten und Übertreibungen dadurch gewirkt, daß sie zwar für den Staat sittliche Ziele und auch gelegentlich und theoretisch von den Staatsbürgern ein sittlicheres Verhalten verlangten, namentlich als Pflicht gegen das sogenannte Ganze, praktisch aber durch das übereifrige und besonders agitatorisch wirkende Eintreten für die sozialpolitische, d. h. durch den Staat zu leistende Hilfe bei den Einzelnen das soziale Pflichtgefühl noch mehr verkümmerten, als das durch die Manchesterdoktrin schon vorher geschehen war. Man hat den Klassenkampf zur Hauptsache und den Klassenhaß den Massen zur Tugend gemacht, man hat den Einzelnen überhaupt nicht mehr kennen wollen, sondern nur noch die Klasse, die Schicht und leichtfertig konstruirte Typen, man hat das individuelle Glück und seine so unendlich verschiedenen Voraussetzungen ganz vergessen, und man ist schließlich zu der ungeheuerlichen und sehr verhängnisvollen Albernheit gekommen, die Zufriedenheit dem Menschen als Fehler und Unglück anzurechnen, ja das Wort und den Begriff völlig auszulöschen in dem sonst so gewaltig angeschwollenen Sprachschätze der modernen Sozialwissenschaft. Mit unverzeihlicher Unduldsamkeit und Selbstgerechtigkeit sind dabei bis heute alle Mahnungen, von Einseitigkeiten und Übertreibungen abzulassen, zurückgewiesen

worden. Die Herren waren entrüstet, wenn ihnen der geringste Irrtum vorgehalten, der kleinste Fehler zugetraut wurde. Leichtfertig bezichtigten sie den, der anderer Meinung war als sie, kurzweg der Arbeiterfeindlichkeit, des Unternehmerinteresses, antisozialer Gesinnung, am liebsten der Fahnenflucht. Selbst das hochherzige Bestreben des Kaisers für das Wohl der arbeitenden Klassen wurde in blinder Selbstgerechtigkeit als abgethan und aufgegeben hingestellt, sobald es nicht mehr Schritt hielt mit der verantwortungslosen, überhasteten, unklaren Reformlust der Herren.

Die ungünstige Wirkung dieser sozialistischen Fehler ist noch verschärft worden durch den traurigen Verfall des deutschen Liberalismus. Niemals ist dieser Liberalismus, der vor allem berufen wäre, in dem so sehr zugespitzten Kampf der Interessengegensätze die Autorität der Staatsgewalt als den Hort der persönlichen Freiheit hoch zu halten gegen die sozialistische Zwangsjacke wie gegen die Knechtung durch Prozedentum und Junkertum, niemals ist er jämmerlicher vertreten gewesen als heute. Schmarozer rechts, Schmarozer links, können die Parteien, die sich heute liberal oder freisinnig nennen, nicht mehr in Betracht kommen als Stütze für eine im guten Sinne liberale Politik, ohne die — darüber wollen wir uns keiner Täuschung hingeben — eine befriedigende Lösung der brennenden sozialen Frage nicht möglich ist, und zu der leider Gottes die konservativen Parteien von heute mehr und mehr in unveröhnlichen Gegensatz zu geraten scheinen.

Trotzdem darf die Lösung der sozialen Frage nicht vertagt werden. Die Entartung der sozialen und politischen Gesinnung, in die ein großer Teil des Volkes schon hineingeraten ist, ist ein schnell fressender Schaden, und jedes Jahr, das verläuft, ohne daß ein Erfolg dagegen errungen ist, bedeutet einen Schritt zur Auflösung und zum Verfall. Nur Leichtfinn kann sich heute noch über diese Gefahr täuschen, auch dann, wenn der modernen Gesellschaft das Organ für selbstlosen Jorn und Schmerz über das Unglück der irreführten Massen und über ihre Ohnmacht, sich selbst dem Banne der Verführer zu entziehen, verloren gegangen sein sollte. Trotzdem und trotz alledem darf in diesem großen Erziehungswerk unter keinen Umständen auf eine liberale Sozialpolitik verzichtet werden, und darf der Kaiser nicht irre werden an seinen aus eigenster Erkenntnis von Recht und Unrecht und aus wahrhaft vornehmer Freisinn heraus kund gegebenen Grundsätzen treuer Fürsorge und kräftigen Schutzes für die arbeitenden Klassen. Wenn irgendwo, so verlassen wir uns hier auf ihn.

Bekannt ist, wieviel von rechts und von links aufgeboten wird, dem deutschen Volke dieses Vertrauen zu rauben. Bekannt ist aber auch, daß leider gerade konservative Politiker schon zu Anfang der neunziger Jahre Verbrechen der Arbeiter gegen die öffentliche Ordnung herbeiwünschten, um den Kaiser in seinen Grundsätzen wankend zu machen, und daß man seitdem fort-

gesetzt und systematisch daran gearbeitet hat, ihn durch die bekannte Scheiterhaufenmethode zu einem unheilbaren Bruch mit der bisherigen liberalen Auffassung der Arbeiterfrage zu drängen. Und wer vermöchte zu leugnen, daß man im sozialistischen Lager alles gethan hat, diesen Bemühungen günstigen Wind zu schaffen? Es ist nicht zu bezweifeln und hat scheinbar sehr viel Berechtigung, daß sich die kurzichtigen Vertreter der plumpen, einseitigen Repression im Kampf gegen die sozialdemokratische Entartung der Arbeiter schon des Erfolgs sicher glauben. Der Weizen des agrarisch-großindustriellen, des ostelbisch-niederrheinischen Bundes scheint herrlich zu reifen. Und dennoch kann man auch heute darauf hinweisen, daß in dem thatsächlichen Verlauf unsrer Sozialpolitik seit 1890 bei gewissenhafter Prüfung kein Anhalt dafür zu finden ist, daß der Kaiser sich selbst untreu und der Reaktion dienstbar geworden sei. Die Thorheit, das heute zu glauben, wäre ebenso groß, wie es die war, daß man auch nur einen Augenblick annahm, der Kaiser habe sich durch die Februarverlasse anheischig gemacht, der Schmollerschen oder Brentanoschen Schule oder den Herren von Berlepsch, von Rottenburg und Genossen in allen Einseitigkeiten und Übertreibungen Gefolgschaft zu leisten. Sollten etwa die sonst so klugen Geschäftsleute vom Zentralverband deutscher Industrieller glauben, daß sie des Kaisers Deynhausener Tischrede schon mit Nutzen für sich festgenagelt hätten, so hätten sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht. In keinem Sinne hat der Kaiser mit dieser Rede das gute Recht der niederrheinisch-westfälischen Arbeiter, das er vor acht Jahren energisch gegenüber der Unternehmeranmaßung betonte, jetzt dieser Anmaßung preisgegeben. Es ist ja klar, daß solche Reden von der Brunnenvergiftung mit besonderm Vergnügen und Erfolg ausgeschlachtet werden, und der Kaiser sollte das weit mehr berücksichtigen. Aber auch die Deynhausener Rede mit ihrer scharf zugespitzten Vertretung des guten Rechts derer, die arbeiten wollen bei frivol angezettelten, ungerechten Umständen, der modernen Störer, der Streikbrecher, sollte billig keinen Verständigen irre machen an dem Charakter und dem Rechtsgefühl unsers Kaisers, dem Rocher de bronze, wie Bismarck sagte, auf den wir heute nun einmal allein unsre Hoffnung setzen können.

Was den Wortlaut der Rede betrifft, so giebt er niemand ein Recht, den in Aussicht gestellten Gesetzesentwurf zur Verschärfung der Strafen des in § 153 der Reichsgewerbeordnung wegen des etwa festzusetzenden Strafmaßes zu kritisiren. Dazu muß man den Wortlaut des Entwurfs selbst abwarten. Der genannte Paragraph bedroht bekanntlich den, der andre durch die Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzungen oder durch Verrußserklärungen bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen zu Arbeitseinstellungen und dergleichen teilzunehmen oder ihnen Folge zu geben, oder andre durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, mit einer Gefängnisstrafe

bis zu drei Monaten. Es ist heller Unsinn, das Verlangen nach einer Verschärfung dieser Strafbestimmung als ein Attentat auf das sogenannte „Streikrecht“ oder gar das „Koalitionsrecht“ der Arbeiter zu denunzieren. Es genügt darauf hinzuweisen, daß ein so waschechter Kathedersozialist wie Schönberg selbst sich noch neuerdings ganz entschieden für die Verschärfung ausspricht. Alle großen Streikbewegungen der neuern Zeit hätten gezeigt, daß es in dieser Hinsicht an einem genügenden Schutz gegen die thatsächliche Vergewaltigung fehle, die von den Führern und ihren Werkzeugen gegen Arbeiter, die sich einem Streik nicht anschließen oder nach ausgebrochnem Streik die Arbeit wieder aufnehmen wollten, ausgeübt werde. Nichts anderes hat der Kaiser in Deynhausens gesagt und versprochen. Von einer Beseitigung des Streikrechts ist dabei ebensowenig die Rede, wie durch die Aufrechterhaltung einer wirksamen Staatsaufsicht über die Ausübung des Koalitionsrechts dieses Recht selbst beseitigt wird.

Aber die von rechts wie von links versuchte Ausbeutung der Deynhausener Rede macht es heute denen, die ehrlich und treu zum Kaiser stehen, doppelt zur Pflicht, darauf hinzuweisen, ein wie schwerer Fehler es wäre, den notwendigen Ausbau unsrer sozialpolitischen Gesetzgebung, soweit sie den Arbeiterschutz im besondern betrifft, zu vernachlässigen oder zu vertagen. Nichts könnte die Staatsautorität ärger schädigen, nichts das unaufschiebbare Erziehungswerk mehr erschweren. Wir haben der Forderung des Grafen Posadowsky, den bisherigen Sozialreformen die nötige Ruhe zu lassen, sich einzuleben und zur Wirklichkeit zu werden, aus voller Überzeugung zugestimmt, aber gerade deshalb müssen wir den Ausbau der bestehenden Einrichtungen, wo immer Lücken und Mängel in ihnen den ruhigen, zweckentsprechenden Gebrauch stören, um so dringender verlangen.

Vor allem wird man gerade jetzt mit der Durchführung und Sicherung des Arbeiterschutzes, soweit er gesetzlich vorgeschrieben ist, Ernst zu machen haben. Nicht nur aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten geht es hervor — wer es nur sehen will, kann sich aus eigener Wahrnehmung davon überzeugen —, daß in dieser Beziehung sehr viel zu wünschen übrig ist. Es ist klar, daß die strikte Befolgung eines so komplizirten Apparats von Bestimmungen wie unser Arbeiterschutz überall zu sichern ein Ding der Unmöglichkeit ist, und daß allzu scharfe Buchstabenreiterei dabei eine Thorheit wäre. Aber ebenso klar ist es, daß die mit der Aufrechterhaltung der Staatsautorität betrauten Verwaltungen, und sogar die Gerichte, noch immer in sehr weitem Umfange selbst die wissentliche, grundsätzliche, frivole und eigennützige Mißachtung der Arbeiterschutzbestimmungen durch die verpflichteten Unternehmer mit einer das Ansehen des Gesetzes schwer schädigenden, geradezu leichtfertigen Milde behandeln. Sie setzen die Leute ins Recht, die den Arbeitern einreden, sie könnten von dem „Klassenstaat“ überhaupt keinen Schutz erwarten. Wenn

man gegen die Vergewaltigung der Streikbrecher schärfere Strafen verlangt, so muß man, um ein gutes Gewissen zu behalten, gleichzeitig diesem Unfuge steuern. Die Windrichtung, die man jetzt als die in den obern Regierungskreisen vorherrschende anzusehen gelehrt wird, ist sehr geeignet, diesen Fehler unten im Übermaß zu steigern. Rücksichtslos wird man deshalb endlich die zahlreichen Polizeiverwalter und Amtsvorsteher, die noch immer in augenfälliger Pflichtverletzung die frivolen Vergehungen gegen die Schutzbestimmungen dulden und vertuschen, zur Verantwortung ziehen müssen, und soweit sich die Schöffengerichte — vielleicht dank der so viel gepriesenen Mitwirkung des Laienelements — unfähig erweisen, den weiten Spielraum in der Strafabmessung, den ihnen die bestehenden Gesetze durchweg einräumen, gerecht zu benutzen, so ist ungesäumt gesetzlich dem Mißbrauch ein Damm zu ziehen. Es ist leider nicht zu bestreiten, daß der böse Wille, gesetzlich vorgeschriebnen Arbeiterschutz im Interesse der Unternehmer unwirksam zu machen, in Preußen in besonderm Maße zu finden ist, ja vielfach schon offen zur Schau getragen wird, in demselben Preußen, wo man durch Menschenalter mit Recht stolz darauf war, daß Gesetze, die nur auf dem Papiere stünden, nicht denkbar wären. Diesen bösen Willen zu brechen ist des Königs von Preußen erste und wichtigste Aufgabe im Kampf gegen die Sozialdemokratie; sie ist noch dringender als die Änderung des § 153 der Reichsgewerbeordnung.

Eng damit zusammen hängt in Preußen die Gefahr einer Vernachlässigung der der Gewerbeaufsicht dienenden Institutionen. Es entspricht den reaktionären Bestrebungen in der Sozialpolitik, die besondrer Gewerbeaufsicht als überflüssig und lästig darzustellen und die Aufwendungen dafür möglichst beschränkt wissen zu wollen. Eine über den Interessengegenständen stehende Regierung wird die außerordentliche Bedeutung, die gerade für die nächste Zukunft der Gewerbeaufsicht beigelegt werden muß, nicht verkennen, sie wird namentlich über den Wert nicht zweifelhaft sein, den die unparteiische, unbeeinflusste Feststellung der Wahrheit durch die Gewerbeaufsichtsbeamten für sie hat. Sie wird sich deshalb die Erweiterung und Festigung dieser Institution mit Ernst angelegen sein lassen müssen und mit den dazu erforderlichen Mitteln nicht geizen dürfen. Das aber geschieht in neuerer Zeit. Es ist gerade bei diesen Beamten unbegreiflich, wie man das überall zu bekämpfende Übermaß viele Jahre lang nicht fest angestellter, sogenannter außeretatmäßiger Beamten einreißen lassen kann, wo alles darauf ankommt, das die Unparteilichkeit und Unbefangtheit sichernde Beamtenbewußtsein zu pflegen und zu erhalten.

Mehr ernsten Willen wird man — um noch auf einzelne besonders brennende Fragen als Beispiel einzugehen — auch zu betätigen haben in dem Kampfe gegen die Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Arbeiter, wie sie sich in einigen Industriezweigen trotz der modernen Technik infolge der ungeheuer gesteigerten Intensität der Arbeit, der Ausnutzung der Naturkräfte und

der Ausbeutung der Naturschätze gegen früher vermehrt oder in einer den berechtigten Anforderungen der Neuzeit nicht entsprechenden Größe erhalten haben. Das Übermaß der sozialistischen Forderungen in dieser Beziehung darf uns nicht davon abhalten, das wirklich Notwendige und Erreichbare anzustreben. Die furchtbaren und häufigen Unglücksfälle in den Bergwerken haben mit Recht die preussische Regierung veranlaßt, durchgreifenden Maßnahmen dagegen „näher zu treten.“ Die ablehnende Aufnahme, die dieses Nähertreten in den beteiligten Unternehmerkreisen gefunden hat, ist, wie der Wind heute steht, eine ernste Gefahr für die kräftige Ausführung. Wir schwärmen nicht für den Gedanken, die Gefahren im Bergbau durch die Schaffung eines von den Arbeitern zu wählenden und gleichsam in ihrem Auftrag thätigen niedern Aufsichtspersonals zu verringern, im Gegenteil, dieser Ausweg würde uns als ein klägliches Zeichen der Schwäche der Staatsgewalt und ihrer Furcht davor erscheinen, selbst ihre Pflicht zu thun. Aber unter keinen Umständen wird man auch nur den Schein aufkommen lassen dürfen, daß sich der Staat vor der mit bekannter Annahme immer aufs neue wiederholten Behauptung der Unternehmer, sie allein hätten darüber zu befinden, was an Arbeiterschutz zu gewähren sei, bescheiden zurückzieht. Es geht nicht mehr an, die rücksichtslose Steigerung der Kohlen- und Erzgewinnung als eine schlechtthin gemeinnützige Leistung hinzustellen und als unantastbaren Grundsatz auch für die Sozialpolitik anzuerkennen, soll Staat und Nation nicht durch das Resultat ad absurdum geführt werden. Soll man etwa gar gegenüber dem gewaltig in die Höhe getriebenen Export von Steinkohlen und Eisenerzen die Steigerung der Gefahren im Bergbau und den Verfall des früher hochangesehenen Bergmannsstandes für nichts achten?

Die Erhebungen, die das Reichsamt des Innern im Jahre 1897 über die gesundheitswidrige Dauer und Art gewisser industrieller Arbeiten hat anstellen lassen, haben ein sehr umfangreiches Bündel von Wünschen und Vorschlägen ergeben, die zweifellos einer eingehenden und vorsichtigen Prüfung bedürfen, ehe sie in brauchbare Gesetzesparagraphen umgestaltet werden können. Die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit wird am besten beweisen, ob man es in dem genannten Amte auch fernerhin ernst nimmt mit dem Arbeiterschutz. Es ist entschieden zu verlangen, daß man für die besonders gesundheitschädlichen Arbeiten der modernen Industrie eine zeitliche Begrenzung erzwingt. Die Unbequemlichkeiten, die daraus in der ersten Zeit für den Betrieb erwachsen, können dagegen durchaus nicht ins Gewicht fallen. Die Schwierigkeit liegt in der Aufsicht. Vielleicht wird man nicht umhin können, für solche Betriebe gesetzlich die Konzessionspflichtigkeit einzuführen und in der Konzessionsentziehung ein wirksames Strafmittel zu gewinnen. Das sind nach unsern eignen Idealen freilich wenig erfreuliche Perspektiven. Aber die Zeit ist nicht darnach, vor scharfem Zwange zurückzuschrecken, wo es gilt, dem gesetzlichen Arbeiterschutz Nachdruck zu geben. Wir haben kein Recht zum Kampf, und

wir haben vollends gar keine Aussicht, der sozialdemokratischen Entartung der Arbeiter Herr zu werden, wenn wir nicht auch der Entartung des sozialen Pflichtgefühls der Unternehmer, dem bösen Geist der rücksichtslosen Ausbeutung des Nebenmenschen in allen geschäftlichen Dingen mit allen zur Verfügung stehenden Kampfmitteln die Spitze bieten.

Dringend geboten erscheinen uns ferner unter anderm neue Schutzmaßregeln für die Arbeiterschaft der Handelsmarine. Auch Deutschland ist auf dem besten Wege, sein Schiffsvolk zum Lumpengesindel hinabbrücken zu lassen. Es ist kürzlich mit Recht darauf hingewiesen worden, wie ungeheuer der bis ins Unvernünftige gesteigerte Luxus der großen Personendampfer in allem, was die reichen Passagiere berührt, kontrastiert mit der Vernachlässigung der Verhältnisse, unter denen die Schiffsmannschaft zum großen Teil ihre schwere und verantwortliche Arbeit verrichten muß. Mögen die Unternehmer und die unfehlbaren Herren Ingenieure noch so sehr Zetermordio schreien, wenn der Staat einmal Miene macht, den Schiffbau unter strengere Kontrolle zu nehmen, mögen die großen Dampfergesellschaften sich noch so sehr bemühen, Ministern und Abgeordneten nur ihre liebenswürdigsten, glänzendsten Seiten zu zeigen, wollen wir nicht, daß der an den Charakter des Einzelnen so hohe Anforderungen stellende Schifferberuf in den elendesten Verfall gerät, so müssen wir uns zu durchgreifenden Zwangsmaßregeln ermannen. Daß die, denen der Schutz gilt, schon zum großen Teil Lumpengesindel durch unser Laisser aller geworden sind, darf uns gewiß nicht abhalten, unsre Pflicht zu thun.

Und wie stehts mit dem Schutz der Kinder, der Unmündigen? Warum tritt man der unverantwortlichen Ausbeutung der Kinder, wie sie sich in unsern Großstädten, zumal in Berlin, auf allen Gassen breit macht, dem Ausstragen von Zeitungen, von Backwaren usw. vor Tagesgrauen nicht endlich mit einem radikalen Verbot entgegen? Nichts, gar nichts hindert daran. Warum entschließt man sich nicht, die Freizügigkeit der Minderjährigen unter ausreichende Aufsicht zu stellen, was ganz unabweisbar wird, und redet lieber von der Vernichtung der Freizügigkeit der Erwachsenen im Interesse der Agrarier, die eine Ungerechtigkeit und ein Unsinn wäre?

Es ist hier nicht die Aufgabe, alles das, was vernünftigerweise geschehen kann und geschehen sollte, einzeln aufzuführen, oder das Übermaß und die Unvernunft der sozialistischen Forderungen zu kritisieren. Nur darauf kommt es uns an, zu zeigen, daß sehr viel für die sozialpolitische Gesetzgebung zu thun übrig ist, wenn der einmal als notwendig erkannte Arbeiterschutz zur Wirklichkeit werden und heilsame Früchte im Kampf gegen die Sozialdemokratie leisten soll. Nur vor der groben Unterlassungssünde soll gewarnt werden, zu der unverständige Ratgeber den Staat verleiten möchten, vor dem Wahne, daß man das Heilverfahren durch das Aufgeben der positiven Sozialpolitik einleiten müsse und dann mit Schroffheit gegen die Arbeiter das wieder gut machen

könne, was wir, die Besitzenden und Gebildeten, in Jahrzehnten durch Eigennutz und Hochmut schlimm gemacht haben.

So wenig wir glauben, daß der Kaiser selbst seine arbeiterfreundliche Politik aufzugeben geneigt ist, ebenso wenig ist uns eine Tatsache bekannt, die bewiese, daß die hohen Beamten, die unmittelbar nach seinem Willen thun und lassen, zu dem schweren Fehler eines Abbruchs der sozialpolitischen Reformarbeit entschlossen wären. Aber es hieße, die Hand vor den Augen bei hellem Tage nicht sehen, wollte man bestreiten, daß der agrarisch-großindustrielle Bund, vor dem die preußischen Regierungsmänner seit Jahr und Tag wieder in tiefster Submision ersterben, das erzwingen will gegen die scharf und bestimmt kund gegebenen Überzeugungen des Kaisers. Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Verhandlungen im Reiche und in Preußen wird wahrscheinlich bald auch den Vertrauensseligen jeden Zweifel daran nehmen, so sehr man auch in der konservativen Partei bemüht ist, den äußern Schein sozialer Gesinnung zu wahren.

Wir haben in unserm aufrichtigen Mißtrauen gegen die heutigen Parteien und die moderne Selbstverwaltung wiederholt und wohl vielfach gegen fest sitzende Anschauungen des gebildeten Publikums die bessere Schulung des Berufsbeamtentums für die großen sozialen Aufgaben der nächsten Zeit als eine der wichtigsten sozialpolitischen Vorarbeiten bezeichnet. Wir möchten das auch hier nochmals auf das nachdrücklichste betonen. Je mehr Unheil man mit der Lehre vom Klassenstaat und der Klassenherrschaft sozialistischerseits anrichtet, umso größer wird die Bedeutung eines über den Klasseninteressen stehenden Beamtenkörpers. Leider hat sich — und auch dies wieder am meisten in Preußen — in den letzten Jahrzehnten unter den Beamten eine früher in dieser Schärfe nicht vorhandne Scheidung in zwei Klassen gebildet, und es scheint sich ein ganz regelrechter Klassenkampf zu entwickeln. Hochmut, Unnahbarkeit, Ausbeutung auf der einen Seite, Unzufriedenheit, Interessellosigkeit, hämische Schadenfreude an amtlichen Mißgriffen und Mißerfolgen auf der andern steigern sich, von einer Solidarität der Interessen und Pflichten oben und unten ist vielfach nichts mehr zu spüren. Glaubt man mit einer von diesem Geiste besetzten Armee siegreich gegen die Sozialdemokratie zu Felde ziehen, glaubt man von ihr selbst die sozialdemokratische Entartung fernhalten zu können? Die Unvernunft wäre himmelschreiend. Verbiete man doch den Beamten bei strenger Strafe sozialdemokratische Sympathien, veröffentliche man Droherlasse auf Droherlasse, züchte man Aufpaffer und Denunzianten in allen Bureaus, Vereinen, Stadtvierteln, Kreisen und Gemeinden, man wird damit den Geist nur umso schlechter machen, die Leute dem Staatsinteresse und dem Könige nur umso mehr entfremden, wenn man nicht endlich den Mangel an Wohlwollen und herzlicher Nächstenliebe der Obern gegen die Niedern beseitigt. Immer wieder muß es gesagt werden, daß nicht die Lohn- und Gehalts-

verhältnisse der Klassen die Gemüter verbittert. Dazu ist heute im großen und ganzen keinerlei Grund vorhanden. Das persönliche Verhalten ist es, was die Unzufriedenheit steigert, und das ist nur zu sehr begründet. Je weniger wir den landläufigen Angriffen gegen den Assessorenismus in Preußen, d. h. gegen die juristische Vorbildung des höhern Beamtentums beitreten, gerade weil wir diese Vorbildung für nötig halten und ihre segensreiche Wirkung nicht beeinträchtigt sehen wollen, desto mehr beklagen wir den sich breitmachenden Assessorendünkel der Masse der Subaltern- und Unterbeamten gegenüber. Er hat seit zwanzig Jahren arge Fortschritte gemacht, und die Unfruchtbarkeit der kathedersozialistischen Ära für das soziale Pflichtgefühl der Einzelnen findet darin eine traurige Bestätigung.

Noch müssen wir eines unentbehrlichen Hilfsmittels in dem bevorstehenden Kampfe gedenken, der sogenannten Arbeiterstatistik und der Sozialstatistik überhaupt. Ihr Wert für den Leiter unsrer Sozialpolitik liegt auf der Hand. Leider ist ihre Organisation im Deutschen Reiche unfertig und bis jetzt vernachlässigt. Es ist schon früher bei der Besprechung einzelner Leistungen unsrer amtlichen Statistik auf diesem Gebiete hervorgehoben worden, wie die unglückselige bureaukratische Verteilung der Rollen zwischen dem Reichsamt des Innern, der Kommission für Arbeiterstatistik und dem Statistischen Amt des Reichs die Leistungen im allgemeinen beeinträchtigen muß. Natürlich befähigt nur eine gründliche sozialwissenschaftliche und statistische Vorbildung zur Leitung auch der arbeiter- und sozialstatistischen Institutionen, und es hieße eine unbegreifliche Kurzsichtigkeit und Unkenntnis an maßgebender Stelle voraussetzen, wollte man es für möglich halten, daß nach dieser Richtung hin nicht baldigst eine durchgreifende Reform vorgenommen wird. Sollte man etwa an den zur Zeit den Ausschlag gebenden Stellen in den Irrtum verfallen, die amtliche Statistik auf diesem Gebiet lediglich als Rechenmaschine brauchen zu können, der man auf das, was erfragt und wie gefragt werden soll, den bestimmenden Einfluß versagt, so würde niemals etwas Vernünftiges herauskommen, denn auch der geschulteste und gewissenhafteste Statistiker kann aus wertlosem Material nichts Wertvolles herausrechnen. Selbstverständlich wird wohl die grundsätzlich nur den Sachverstand des agrarisch-großindustriellen Unternehmertums als Richtschnur für die Sozialpolitik der nächsten Zeit anerkennende Strömung für eine fachverständige Arbeiterstatistik nicht viel übrig haben, vielleicht sogar alles daran setzen, eine solche unmöglich zu machen. Auch in dieser Frage haben wir eben nicht ohne Besorgnis abzuwarten, ob und wie weit die obersten Berater des Kaisers aus sich selbst das, was nötig ist, veranlassen werden. Daß der Kaiser recht bald auch der Statistik und im besondern der Arbeiterstatistik seine volle persönliche Aufmerksamkeit zuwenden möge, ist dringend zu wünschen. Schade, daß er gerade dazu nicht längst Zeit und Gelegenheit gefunden hat.

Wenn wir vor einiger Zeit bei einer Betrachtung der politischen Lage nach den Reichstagswahlen zu dem Schluß gelangten, daß die Sammlung aller über den materiellen Interessen stehenden gebildeten Männer in Deutschland um den Kaiser die Politik der nächsten Zukunft sein müsse, so springt auf dem Sondergebiet der Sozialpolitik die Berechtigung dieser Parole vollends in die Augen. Es kam dem Deutschen Reiche heute in seinen schweren sozialen Nöten und Wirren nur geholfen werden durch die Weisheit, Gerechtigkeit und hingebende Pflichttreue unsers Kaisers. Gott sei Dank, daß wir ihm vertrauen dürfen! Mögen sich endlich die Männer finden, die ihm diese große Verantwortlichkeit wirklich tragen helfen vor Deutschland und der Welt. Heute ist keiner da, auch nicht einer!



Betrachtungen über das Drama, insbesondere das deutsche

1



enn es vorn nicht viel zu sehen giebt, so sieht man rückwärts. Je weniger das Drama der Gegenwart an und für sich bedeutet und die Mehrzahl der Menschen befriedigt, desto häufiger wenden solche, die über diese Dinge nachzudenken lieben, ihre Gedanken dem Drama der Vergangenheit zu. In derartigen Büchern wird aber meistens der Gegenstand nicht rein litterarhistorisch, sondern mit Rücksicht auf Ansichten und Bedürfnisse der Gegenwart behandelt, und das ist natürlich. Denn keine Litteraturgattung liegt gegenwärtig der Tagesmeinung so sehr am Herzen wie das Drama. Es hat Zeiten gegeben, wo das Theater mehr bedeutete als heute, aber niemals war die Gelegenheit, Aufgeführtes zu sehen und zu hören, so überallhin bis in die kleinsten Nester verbreitet, niemals hat es so für jedermann mit dazu gehört, ins Theater zu gehen wie heute; für viele ist das neben der Zeitung der einzige Zugang zur Litteratur. So gewinnt das Drama als Gegenstand dieses Vergnügens an Interesse, und mag es viel oder wenig sein, was die Dichtung der Gegenwart hervorbringt, es wird immer noch weit mehr Beachtung finden, wenn es aufs Theater paßt, als wenn es nur Lyrik wäre oder gar Epos. Denn Lyriker sind heutzutage in Deutschland beinahe alle, oder sie könnten es doch sein, die Sprache dichtet für sie, haben ja schon Schiller und Goethe gesagt — es ist längst kein eigener Ruhm mehr, einen Band Lyrik gedichtet zu haben; man muß noch etwas außerdem leisten und sein, um für etwas zu gelten. Es sei denn, daß einmal ein wirklich be-